

§ 1 Allgemeines

1. Die nachfolgenden Allgemeinen Verkaufsbedingungen für den Verkauf von Rohstoffen, Wertstoffen, Abfällen oder ähnlichen Materialien („**AVB Rohstoffe**“) gelten für den Verkauf sämtlicher Rohstoffe, Wertstoffe, Abfälle oder ähnlichen Materialien durch die ALBA 2 Energy GmbH („**A2E**“) im Rahmen der gesamten, auch künftigen Geschäftsbeziehung zwischen dem Käufer und der A2E.
2. Diese AVB Rohstoffe gelten ausschließlich. Entgegenstehende oder von diesen AVB Rohstoffe abweichende Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Einkaufsbedingungen des Käufers werden nicht anerkannt, es sei denn, A2E hat ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Diese AVB Rohstoffe gelten auch dann, wenn A2E in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen AVB Rohstoffe abweichender Bedingungen des Käufers die Lieferung oder Leistung an den Käufer vorbehaltlos ausführt.
3. Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AVB Rohstoffen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist ein schriftlicher Vertrag bzw. die schriftliche Bestätigung von A2E maßgebend. Soweit in diesen AVB Rohstoffen nichts anderes bestimmt ist, bedürfen rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss abzugeben sind (z.B. Abruf der Leistung, Fristsetzung, Kündigung) zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

§ 2 Vertragsabschluss

1. Angebote von A2E sind bezüglich Preis, Menge und Qualitäten freibleibend und unverbindlich, sofern sich aus dem Angebot nichts anderes ergibt. Die Bestellung der Ware durch den Käufer gilt als verbindliches Vertragsangebot.
2. Die Annahme kann entweder durch schriftliche Auftragsbestätigung oder durch Auslieferung der Ware an den Käufer erfolgen.
3. Die im Vertrag bzw. in der Auftragsbestätigung ausgewiesenen Preise sind bindend und gelten, sofern nichts anderes vereinbart ist, „ab Lagerstelle“.
4. A2E übernimmt kein Beschaffungsrisiko. A2E ist berechtigt, vom Vertrag hinsichtlich der noch ausstehenden Lieferungen zurückzutreten, soweit A2E trotz des vorherigen Abschlusses eines entsprechenden Einkaufsvertrages seinerseits den Liefergegenstand nicht erhält; die Verantwortlichkeit der A2E für Vorsatz und Fahrlässigkeit bleibt unter Berücksichtigung der übrigen Bestimmungen dieser Geschäftsbedingungen unberührt. A2E wird den Käufer unverzüglich über die nicht rechtzeitige Verfügbarkeit des Liefergegenstandes informieren und, wenn A2E zurücktreten will, das Rücktrittsrecht unverzüglich ausüben; A2E wird dem Käufer im Falle des Rücktritts die entsprechende Gegenleistung – soweit diese bereits erbracht wurde – erstatten.

§ 3 Preise und Zahlungsbedingungen

1. *Lieferungen, für die A2E ein Entgelt vom Käufer erhält*
 - a) Sofern A2E für die Lieferung bzw. Bereitstellung der vertragsgegenständlichen Materialien vom Käufer ein Entgelt erhält, verstehen sich die Preise der A2E als Nettopreise, welche zusätzlich der gegebenenfalls anfallenden gesetzlichen Umsatzsteuer zu zahlen sind.
 - b) Rechnungen der A2E sind sofort und ohne Abzug zur Zahlung fällig. Kommt der Käufer in Zahlungsverzug, werden unter Vorbehalt der Geltendmachung eines weiteren Schadens Zinsen in gesetzlicher Höhe berechnet.
 - c) Ab der zweiten Mahnung ist A2E berechtigt, Mahngebühren in Höhe von EUR 5,00 je Mahnung zu erheben.
 - d) Kommt der Käufer mit mehr als einer Verbindlichkeit in Zahlungsverzug, werden die gesamten Forderungen sofort fällig.
 - e) Ist mit A2E ein Skonto vereinbart, so ist für den entsprechenden Abzug Voraussetzung, dass alle früheren Rechnungen der A2E durch den Käufer beglichen sind.
 - f) Werden Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen über das S&PA-Basislastschriftverfahren / -Firmenlastschriftverfahren bezahlt, erhält der Käufer eine Pre-Notifikation zum Lastschrifteinzug spätestens einen Tag vor dem Fälligkeitstermin. Diese Pre-Notifikation kann mit Übermittlung der einzuziehenden Rechnung erfolgen.
2. *Lieferungen, für die A2E ein Entgelt an den Käufer zahlt*
 - a) Sofern A2E für die Lieferung bzw. Bereitstellung der vertragsgegenständlichen Materialien an den Käufer ein Entgelt zahlt, verstehen sich die in den Verkaufsbestätigungen der A2E ausgewiesenen Preise als Nettopreise, welche zusätzlich der gegebenenfalls anfallenden gesetzlichen Umsatzsteuer zu zahlen sind.
 - b) A2E zahlt die Rechnungen des Käufers nach Wahl der A2E innerhalb von 14 Tagen mit 3 % Skonto ab Rechnungsdatum oder nach 60 Tagen ohne Abzug ab Rechnungsdatum.
3. Die Rechnungslegung bzw. Gutschrifterstellung erfolgt, soweit nichts anderes vereinbart wurde, auf der Grundlage des Eingangsgewichts. Sofern Abrechnung im Gutschriftverfahren vereinbart ist, ist der Käufer verpflichtet, die Gutschrift unmittelbar nach Erhalt der Lieferung zu stellen. Die Rechnung bzw. Gutschrift hat den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen.
4. Die Rechnung bzw. Gutschrift muss die Dispositions-Nummer der A2E enthalten. Der Abrechnung sind sämtliche Unterlagen (z.B. Wiegeschein, Abnahmeprotokoll, etc.), die zur Prüfung der vertragsgemäßen Erbringung der Lieferung notwendig sind, beizufügen.
5. Die gesetzlichen Vorschriften zur Umsatzbesteuerung und zur Ausstellung von Rechnungen bzw. Gutschriften sind zu beachten. Auf Anfrage sind A2E Nachweise bzw. Erklärungen zur Unternehmereigenschaft des Käufers vorzulegen und jährlich zu erneuern. Der Käufer stellt A2E von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die aufgrund unrichtiger Angaben über seine Unternehmereigenschaft gegen A2E erhoben werden.

§ 4 Sicherheiten

A2E hat Anspruch auf nach Art und Umfang übliche Sicherheiten für Forderungen, auch soweit sie bedingt oder befristet sind.

§ 5 Datenschutz & Antikorruption

1. Der Käufer ist damit einverstanden, dass A2E zum Zwecke der Rechnungs- bzw. Gutschrifterstellung sowie bei Barzahlungen personenbezogene Daten durch Vorlage von Ausweisdokumenten erfasst und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes speichert.
2. Der Käufer verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption und anderen rechtswidrigen Handlungen zu ergreifen. Insbesondere trifft der Käufer in seinem Unternehmen angemessene Vorkehrungen, um Verstöße gegen gesetzliche Normen und eigene Standards zu vermeiden.

§ 6 Eigentumsvorbehalt

- Die nachfolgenden Bestimmungen dieses Paragraphen finden nur auf Geschäfte Anwendung, nach deren Inhalt A2E für die Lieferung bzw. Bereitstellung der vertragsgegenständlichen Materialien vom Käufer ein Entgelt erhält. Dies gilt auch dann, wenn sich das Preisgefüge erst während der Vertragslaufzeit dahingehend entwickelt, dass A2E für die Lieferung bzw. Bereitstellung ein Entgelt erhält.
1. Der nachfolgend vereinbarte Eigentumsvorbehalt dient der Sicherung aller jeweils bestehenden derzeitigen und künftigen Forderungen der A2E gegen den Käufer aus der zwischen den Parteien bestehenden Lieferbeziehung bzgl. der vertragsgegenständlichen Materialien (einschließlich Saldoforderungen aus einem auf diese Lieferbeziehung beschränkten Kontokorrentverhältnis) (nachfolgend die „**Gesicherten Forderungen**“).
 2. Die von der A2E an den Käufer gelieferte Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung aller Gesicherten Forderungen Eigentum der A2E. Ein Rücktritt vom Vertrag ist zur Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts nicht erforderlich, es sei denn, der Käufer ist Verbraucher.
 3. Der Käufer ist berechtigt, die Vorbehaltsware bis zum Eintritt des Verwertungsfalls (Absatz 8) im ordnungsgemäßen Geschäftsverkehr zu verarbeiten und zu veräußern.
 4. Wird die Vorbehaltsware vom Käufer verarbeitet, so wird vereinbart, dass die Verarbeitung im Namen und für Rechnung der A2E als Hersteller erfolgt und A2E unmittelbar das Eigentum oder – wenn die Verarbeitung aus Stoffen mehrerer Eigentümer erfolgt oder der Wert der verarbeiteten Sache höher ist als der Wert der Vorbehaltsware – das Miteigentum (Bruchteileigentum) an der neu geschaffenen Sache erwirbt. Für den Fall, dass kein solcher Eigentumserwerb bei A2E eintreten sollte, überträgt der Käufer bereits jetzt sein künftiges Eigentum oder – im o.g. Verhältnis – Miteigentum an der neu geschaffenen Sache zur Sicherheit an A2E. Wird die Vorbehaltsware mit anderen Sachen zu einer einheitlichen Sache verbunden oder untrennbar vermischt und ist eine der anderen Sachen als Hauptsache anzusehen, so überträgt der Käufer, soweit die Hauptsache ihm gehört, A2E anteilig das Miteigentum an der einheitlichen Sache in dem in Satz 1 genannten Verhältnis. Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.
 5. Im Fall der Weiterveräußerung der Vorbehaltsware tritt der Käufer bereits jetzt sicherungshalber die hieraus entstehende Forderung gegen den Erwerber – bei Miteigentum der A2E an der Vorbehaltsware entsprechend dem Miteigentumsanteil – an die die Abtretung annehmende A2E ab. Gleiches gilt für sonstige Forderungen die an die Stelle der Vorbehaltsware treten oder sonst hinsichtlich der Vorbehaltsware entstehen, wie z.B. Versicherungsansprüche oder Ansprüche aus unerlaubter Handlung bei Verlust oder Zerstörung. A2E ermächtigt den Käufer widerruflich, die an A2E abgetretenen Forderungen im eigenen Namen einzuziehen. A2E darf diese Einzugsermächtigung nur im Verwertungsfall widerrufen.
 6. Die unter Eigentumsvorbehalt stehenden Waren dürfen vor vollständiger Bezahlung der gesicherten Forderungen weder an Dritte verpfändet noch zur Sicherung übereignet werden. Greifen Dritte auf die Vorbehaltsware zu, insbesondere durch Pfändung, wird der Käufer sie unverzüglich auf das Eigentum der A2E hinweisen und A2E hierüber schriftlich informieren, um ihr die Durchsetzung ihrer Eigentumsrechte zu ermöglichen. Sofern der Dritte nicht in der Lage ist, A2E die in diesem Zusammenhang entstehenden gerichtlichen oder außergerichtlichen Kosten zu erstatten, haftet hierfür der Käufer.
 7. A2E wird die Vorbehaltsware sowie an ihre Stelle tretende Sachen oder Forderungen auf Verlangen nach ihrer Wahl freigeben, soweit ihr Wert die Höhe der gesicherten Forderung um mehr als 10 % übersteigt.
 8. Tritt A2E bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers – insbesondere Zahlungsverzug – vom Vertrag zurück (Verwertungsfall), ist A2E berechtigt, die Vorbehaltsware heraus zu verlangen.

§ 7 Lieferfristen, Liefertermine

1. Liefer- und Leistungstermine oder Fristen sind nur verbindlich nach schriftlicher Bestätigung durch A2E. Alle Lieferfristen und -termine stehen unter dem Vorbehalt unvorhersehbarer Produktionsstörungen und rechtzeitiger Selbstlieferung mit erforderlichen Vormaterialien und, soweit geringe Komplettierungsmengen aus Zukäufen vereinbart oder branchenüblich sind, unter dem Vorbehalt von Lieferfähigkeit und rechtzeitiger Selbstlieferung.
2. Die Einhaltung der Frist durch A2E setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Käufer zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen, Freigaben, die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, ist A2E berechtigt, Lieferfristen und -termine entsprechend den Bedürfnissen des Produktionsablaufes angemessen hinauszuschieben. Falls die Ablieferung sich aus Gründen, die der Käufer zu vertreten hat, verzögert, so gilt die Frist bei Meldung der Lieferbereitschaft bzw. Abholmöglichkeit innerhalb der vereinbarten Frist als eingehalten. Abnahmetermine sind für den Käufer verbindlich. Erbringt der Käufer seine Leistungen nicht fristgemäß, so stehen A2E die gesetzlichen Rechte zu.
3. Für die Einhaltung der Lieferfristen und -termine ist der Zeitpunkt der Absendung ab Werk/Lager maßgebend.
4. Bei Nichteinhaltung der Lieferfristen stehen dem Käufer die Rechte aus §§ 281, 323 BGB erst dann zu, wenn er A2E eine angemessene Frist zur Lieferung gesetzt hat, die – insoweit abweichend von §§ 281, 323 BGB - mit

der Erklärung verbunden ist, dass er die Annahme der Leistung nach dem Ablauf der Frist ablehnt; nach erfolglosem Ablauf der Frist ist der Anspruch auf Erfüllung ausgeschlossen.

5. Das Recht des Käufers zum Rücktritt nach fruchtlosem Ablauf einer der A2E gesetzten Nachfrist bleibt unberührt.
6. Der Käufer ist verpflichtet, A2E unverzüglich zu benachrichtigen, wenn Umstände eintreten oder für den Käufer vorhersehbar sind, aus welchen sich ergibt, dass der Käufer die vereinbarten Abnahmetermine nicht wird einhalten können.
7. Der Eintritt des Lieferverzugs bedarf in jedem Fall einer schriftlichen Mahnung durch den Käufer.
8. A2E ist jederzeit zu Teillieferungen und Teilleistungen in zumutbarem Umfang berechtigt.

§ 8 Maß, Gewicht, Güte

Abweichungen von Maß, Gewicht und Güte sind nach DIN oder der geltenden Übung zulässig. Die Gewichte werden auf den geeichten Waagen des Käufers bzw. beauftragter Dritter festgestellt und sind für die Fakturierung maßgebend.

§ 9 Versand, Verpackung und Gefahrübergang

1. Die Lieferung erfolgt ab Lagerstelle der A2E bzw. des beauftragten Dritten, wo auch der Erfüllungsort ist. Auf Verlangen und Kosten des Käufers wird die Ware an einen anderen Bestimmungsort versandt (Versendungskauf). Soweit nicht etwas anderes vereinbart ist, ist A2E berechtigt, die Art der Versendung (insbesondere Transportunternehmen, Versandweg, Verpackung) selbst zu bestimmen. Eventuell entstehende Kosten trägt der Käufer.
2. Die Beförderung sowie Ausfuhr der von A2E bereitgestellten Ware hat unter Beachtung der jeweils gültigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der GGVSEB (Gefahrgutverordnung Straße und Eisenbahn) und Zollbestimmungen, zu erfolgen. Kommt der Käufer dieser Verpflichtung nicht nach, ist A2E berechtigt, erforderliche Maßnahmen auf Kosten des Käufers zu ergreifen, auch soweit es sich um eine Beförderung auf dem Betriebsgelände der A2E oder der Lagerstelle handelt.
3. Sofern sich der Sitz des Käufers und / oder die Entladestelle des Käufers an einem Ort außerhalb Deutschlands befindet, ist der Käufer verantwortlich für die Einhaltung der grenzüberschreitenden, insbesondere der zollrechtlichen und steuerrechtlichen Bestimmungen in diesen Ländern verantwortlich. Der Käufer wird A2E im Vorfeld der Lieferung über die anwendbaren landesspezifischen Bestimmungen sowie rechtzeitig und unverzüglich über etwaige Änderungen informieren. Kommt der Käufer diesen Verpflichtungen nicht nach, hat der Käufer der A2E etwaig entstandene Schäden zu ersetzen.
4. Die Gefahr geht mit der Übergabe der Materialien an den Spediteur oder Frachtführer, spätestens jedoch mit Verlassen des Werkes oder der Lagerstelle auf den Käufer über.
5. Auf Verlangen und auf Kosten des Käufers wird A2E eine Transportversicherung oder sonst geeignete Versicherung abschließen, um die vertragliche Leistung abzusichern.

§ 10 Reklamationen

1. Die Ware ist vertragsgemäß, wenn sie im Zeitpunkt des Gefahrenübergangs von der vereinbarten Spezifikation nicht oder nur unerheblich abweicht; Vertragsgemäßheit und Mangelfreiheit der Ware bemessen sich ausschließlich nach den ausdrücklichen Vereinbarungen über Qualität und Menge der bestellten Ware. Eine Haftung für einen bestimmten Einsatzzweck oder eine bestimmte Eignung wird nur insoweit übernommen, als dies ausdrücklich vereinbart ist; im Übrigen obliegt das Eignungs- und Verwendungsrisiko ausschließlich dem Käufer.
2. Eine vereinbarte Spezifikation und / oder ein etwaige vereinbarter Verwendungszweck begründen keine Garantie; die Übernahme einer Garantie bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
3. Der Käufer ist verpflichtet, das Material unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 Stunden nach Lieferung zu untersuchen und festgestellte offensichtliche Mängel innerhalb gleicher Frist anzuzeigen. Verdeckte Mängel, welche bei einer stichprobenartigen Untersuchung nicht festgestellt werden konnten, sind unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 Stunden nach Entdeckung schriftlich anzuzeigen. Fristwahrung per E-Mail oder Fax ist jeweils möglich.
4. Mängelrügen sind vom Käufer jeweils schriftlich zu protokollieren. Weiterhin vereinbaren die Parteien folgendes:
 - a) Der Mängelrüge sind aussagekräftige Bildnachweise der bemängelten Teile der Lieferung sowie mindestens ein Gesamtbild der jeweiligen Lieferung einschließlich LKW-Kennzeichen beizufügen.
 - b) Nässemessungen sind ausschließlich mit dem aktuellen Stand der Technik entsprechenden und für diesen Verwendungszweck anerkannten Geräten durchzuführen und schriftlich zu protokollieren. Nässeabzüge an einer gesamten Ladung können nur akzeptiert werden, wenn pro LKW-Ladung an mindestens acht gleichmäßig verteilten Stellen entsprechende Messungen durchgeführt und protokolliert wurden.
5. Bei nicht form- und fristgerechter oder nicht vollständig dokumentierter Mängelanzeige sind Gewährleistungsansprüche ausgeschlossen.
6. Bei beabsichtigter Nichtabnahme der Lieferung ist der Käufer verpflichtet, der A2E innerhalb der in § 10 Abs. 3 genannten Frist und noch vor der Abladung der Lieferung über diese Absicht zu informieren und die bemängelte Lieferung chargenrein zur Abholung bereit zu stellen. A2E ist berechtigt, die bemängelte (Teil-)Lieferung am Ort der Lieferung durch einen eigenen Vertriebsmitarbeiter oder einen Lieferanten innerhalb angemessener Frist prüfen zu lassen. Im Falle eines rechtzeitig und formgerecht mitgeteilten Mangels wird A2E innerhalb von sieben Werktagen (Samstag zählt nicht als Werktag) eine Entscheidung über die weitere Verwendung der mangelhaften (Teil-) Lieferung treffen und dies dem Käufer anzeigen. Bei unberechtigten Beanstandungen kann A2E dem Käufer die Frachtkosten sowie den Überprüfungsaufwand in Rechnung stellen.

§ 11 Gewährleistung

1. Für Mängel oder etwaige im Einzelfall ausdrücklich vereinbarte Beschaffungsgarantien i. S. d. § 443 Abs. 1 BGB haftet A2E wie folgt:
 - a) Das Wahlrecht zwischen Mängelbeseitigung und Nachlieferung steht in jedem Fall der A2E zu. Will der Käufer Schadensersatz statt der Leistung verlangen oder eine Selbstvornahme durchführen, so ist ein Fehlschlagen der Nachbesserung erst nach dem erfolglosen zweiten Versuch gegeben.
 - b) Der Käufer hat die ihm obliegenden Vertragsverpflichtungen, insbesondere die vereinbarten Zahlungsbedingungen, einzuhalten. Wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, dürfen Zahlungen des Käufers in einem Umfang zurückgehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Mängeln stehen.
 - c) Zur Mängelbeseitigung hat der Käufer A2E die nach billigem Ermessen erforderliche Zeit und Gelegenheit zu gewähren. Verweigert er diese, so ist A2E von der Mängelhaftung befreit. Wenn A2E eine ihm gestellte angemessene Nachfrist verstreichen lässt, ohne den Mangel zu beheben, kann der Käufer Rückgängigmachung des Vertrages oder Herabsetzung der Vergütung (Minderung) verlangen.
 - d) Das Recht des Käufers, Ansprüche aus Mängeln geltend zu machen, verjährt in allen Fällen vom Zeitpunkt der Rüge an in zwölf Monaten. Unberührt davon gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen für Ware, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat. Nachbesserung oder Ersatzlieferung lassen die Verjährungsfrist nicht neu beginnen.
2. A2E haftet nicht für Verschlechterung oder Untergang oder unsachgemäße Behandlung der Ware nach Gefahrübergang.
3. Die Beschränkungen des § 12 gelten für Gewährleistungsansprüche entsprechend.

§ 12 Allgemeine Haftungsbeschränkungen

1. A2E haftet unbeschränkt:
 - a) Für jede vorsätzliche oder grob fahrlässige Verursachung von Schäden durch A2E, einen ihrer gesetzlichen Vertreter, Erfüllungsgehilfen oder Verrichtungsgehilfen,
 - b) bei einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit,
 - c) für Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz oder soweit A2E den Mangel einer Sache arglistig verschwiegen oder eine ausdrückliche Garantie für die Beschaffenheit einer Sache übernommen hat.
2. Im Übrigen haftet A2E im Falle einfacher Fahrlässigkeit nur bei der Verletzung von wesentlichen Vertragspflichten und beschränkt auf den typischerweise vorhersehbaren Schaden. Wesentliche Vertragspflichten im Sinne dieses § 12 sind Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung die andere Partei regelmäßig vertraut und vertrauen darf. Die Parteien stimmen überein, dass der typischerweise vorhersehbare Schaden bei Personen- und Sachschäden maximal € 5.000.000,00 und bei sonstigen Vermögensschäden maximal € 250.000,00 beträgt.
3. Eine weitergehende Haftung von A2E auf Schadensersatz als in den vorstehenden Absätzen geregelt, ist – ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des geltend gemachten Anspruchs – ausgeschlossen.
4. Die vorstehenden Haftungsregelungen gelten auch für die persönliche Haftung von Angestellten, Arbeitnehmern, Mitarbeitern, Vertretern und Erfüllungsgehilfen von A2E.
5. Der Käufer stellt A2E von Ansprüchen, die von Dritten im Zusammenhang mit der von dem Käufer erbrachten Lieferung oder Leistung erhoben werden, frei.

§ 13 Kündigung / Rücktritt

1. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn:
 - a) eine für die Durchführung dieses Vertrages notwendige behördliche Genehmigung nicht erteilt bzw. widerrufen wird. Dies gilt auch für den Fall, dass eine behördliche Genehmigung mit Auflagen versehen ist, denen eine der Parteien nur mit unangemessen hohem Aufwand nachkommen kann
 - b) die Durchführung der in diesem Vertrag beschriebenen Leistungen durch gesetzliche oder untergesetzliche Bestimmungen oder durch die Anordnung einer Behörde nicht mehr zulässig ist oder untersagt wird,
 - c) über das Vermögen einer Partei die Eröffnung des Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens beantragt wird und ein Insolvenzveröffnungsgrund besteht
 - d) eine der Parteien wesentliche Pflichten (z.B. durch Nichtzahlung, mangelhafte Lieferung etc.) nachhaltig verletzt und diesen Pflichten auch nach zweimaliger schriftlicher Abmahnung mit angemessener Fristsetzung nicht oder nur in unwesentlichen Teilen nachkommt
 - e) die von A2E beantragte Warenkreditversicherung zur Forderungsabsicherung aus Gründen, die die A2E nicht zu vertreten hat, nicht oder in nicht ausreichendem Maße erteilt, bzw. während der Vertragslaufzeit widerrufen wird.
2. Im Fall des Zahlungsverzugs, der auf einem erkennbaren Vermögensverfall des Käufers beruht, ist A2E zum Rücktritt berechtigt, ohne dass es einer entsprechenden Fristsetzung bedarf.

§ 14 Höhere Gewalt

1. Liefer- und Leistungsverzögerungen aufgrund höherer Gewalt und aufgrund von Ereignissen, die A2E die Lieferung wesentlich erschweren oder unmöglich machen – hierzu gehören insbesondere Arbeitskämpfe, behördliche Anordnungen, Transportverzögerungen, Maschinenbruch und sonstige von A2E nicht zu vertretende Umstände, auch wenn sie bei einem Lieferanten oder Unterpfleranten der A2E eintreten – hat A2E auch bei verbindlich vereinbarten Fristen und Terminen nicht zu vertreten. Diese Umstände berechtigen A2E nach freiem Ermessen, die Lieferung bzw. Leistung um die Dauer der Behinderung zusätzlich einer angemessenen Anlaufzeit hinauszuschieben oder wegen des noch nicht erfüllten Teiles ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten. Auf die vorstehend bezeichneten Umstände kann A2E sich nur

dann berufen, wenn sie den Käufer unverzüglich von diesen Umständen unterrichtet hat.

2. Wenn die Behinderung i. S. d. Abs. 1 länger als 3 Monate dauert, ist der Käufer nach angemessener Nachfristsetzung berechtigt, hinsichtlich des aufgrund der Behinderung noch nicht erfüllten Teils vom Vertrag zurückzutreten.
3. Verlängert sich die Liefer- oder Leistungszeit oder wird A2E von ihrer Liefer- oder Leistungsverpflichtung frei, so kann der Käufer hieraus keine Schadensersatzansprüche herleiten.

§ 15 Rechtsnachfolge / Kontrollwechsel / Subunternehmer

1. A2E ist berechtigt, die jeweilige Vereinbarung ohne gesonderte Zustimmung des Käufers an ein Tochter- oder Beteiligungsunternehmen der ALBA Group plc & Co. KG (die „ALBA Group-Unternehmen“) zu übertragen, soweit es sich hierbei um einen zertifizierten Entsorgungsbetrieb handelt.
2. Sollten die Geschäftsanteile einer Partei mehrheitlich an einen Dritten übertragen werden, so ist die andere Partei hierüber unverzüglich zu informieren. Die andere Partei ist in diesem Fall berechtigt, binnen zwei Wochen nach Zugang der Mitteilung den Vertrag ordentlich mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende zu kündigen, sofern es sich bei dem Dritten um einen Wettbewerber der kündigenden Partei handelt. ALBA Group-Unternehmen und mit dem Käufer im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen sind keine „Dritten“ im Sinne dieser Regelung.
3. A2E ist berechtigt, die von ihr zu erbringenden Leistungen ganz oder teilweise durch einen geeigneten Nach- oder Subunternehmer durchführen zu lassen. Verweise in diesen AVB Rohstoffe auf A2E beziehen sich insoweit entsprechend auf diesen Dritten.

§ 16 Nachweisführung/abfallrechtliche Vorschriften

1. Der Käufer unterstützt die A2E bei einer etwaig erforderlichen Nachweisführung über den Verbleib der von A2E gelieferten Materialien und stellt der A2E auf Anforderung die benötigten Unterlagen zur Verfügung.
2. Soweit bei grenzüberschreitenden Liefergeschäften eine umsatzsteuerliche Befreiungs- oder Vereinfachungsvorschrift zur Anwendung kommt, verpflichtet sich der Käufer, A2E die notwendigen Nachweise auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Etwaige Steuern oder steuerliche Nebenleistungen (z.B. Zinsen, Säumniszuschläge), die A2E aus einer Verletzung dieser Mitwirkungspflicht entstehen, hat der Käufer zu tragen.
3. Sofern der Käufer Leistungen schuldet, deren Erfüllung abfallrechtlichen Vorschriften unterliegt (z.B. Beförderung, Verwertung oder Beseitigung), ist der Käufer verpflichtet, die jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts, des dazugehörigen untergesetzlichen Regelwerks und der Landesabfallgesetze sowie etwaige behördlichen Anordnungen einzuhalten.

§ 17 Geheimhaltung

1. Der Käufer ist verpflichtet, alle nicht offenkundigen kaufmännischen und technischen Informationen bzw. Kenntnisse, die durch die Geschäftsbeziehung zwischen A2E und dem Käufer bekannt werden, als Geschäftsgeheimnis zu wahren. Diese Verpflichtung gilt nicht, sofern eine Partei aufgrund von Rechtsvorschriften, aufgrund eines vollstreckbaren Urteils eines Gerichts oder einer Anordnung einer Behörde verpflichtet ist, Auskunft zu erteilen bzw. Unterlagen vorzulegen.
2. Der Käufer darf nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der A2E mit der gemeinsamen Geschäftsbeziehung werben.

§ 18 Aufrechnung, Zurückbehaltungsrechte

1. Die Parteien sind berechtigt, die Ansprüche aus der Geschäftsbeziehung an Dritte abzutreten, der Käufer jedoch nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der A2E.
2. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem Käufer nur zu, wenn seine Gegenforderung rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder von der A2E schriftlich anerkannt ist

§ 19 Schlussbestimmungen

1. Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser AVB Rohstoffe nichtig, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit dieser AVB Rohstoffe im Übrigen.
2. Änderungen dieser AVB Rohstoffe werden dem Käufer schriftlich oder per E-Mail bekannt gegeben und gelten als genehmigt, wenn der Käufer den geänderten AVB Rohstoffe nicht innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe schriftlich oder per E-Mail widerspricht. Der Käufer wird hierauf bei Bekanntgabe der Änderungen gesondert hingewiesen. Im Falle eines rechtzeitigen Widerspruchs gelten die ursprünglich einbezogenen AVB Rohstoffe fort
3. Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, das UN-Kaufrecht ist ausgeschlossen. Vertrags- und Geschäftssprache ist Deutsch.
4. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus der Vorbereitung und Durchführung von Verträgen ist der Geschäftssitz der A2E.